



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 96 Anfrage Engler Pia und Mit. über den Nicht-Versand der Spitalabrechnungen an Patientinnen und Patienten / Gesundheits- und Sozialdepartement

Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler: Gemäss Antwort des Regierungsrates kann davon ausgegangen werden, dass der Nicht-Versand der Spitalrechnungen an Patienten gesamtschweizerisch Schule gemacht hat. Unser Regierungsrat begründet den Nicht-Versand damit, dass die Rechnung für Laien schwer entzifferbar und nicht nachvollziehbar ist und zu vielen Nachfragen führen würde. In der Antwort wird weiter ausgeführt, dass eine Kopie der Rechnung für die Patienten kaum einen Mehrwert hat und der Versand aufwendig ist. Das wird als nutzlose Bürokratie bezeichnet, und das obwohl der Bundesrat klar anweist, dass bezüglich Kostentransparenz ein weiterer Effort zu leisten ist. Gemäss der Medienmitteilung des Bundesrates vom Juli 2019 zum Evaluationsbericht der Krankenversicherungsgesetz-Revision (KVG-Revision) im Bereich der Spitalfinanzierung von 2009 sind die gesetzten Ziele erreicht worden, es gilt aber noch einzelne Anpassungen vorzunehmen. Die Einführung einer einheitlichen Tarifstruktur hat die Kostentransparenz verbessert. Die verfügbaren Daten zu Kosten und Qualität, die für den Vergleich von Leistungserbringern benötigt werden, sind jedoch noch lückenhaft, und für die Öffentlichkeit sind die Daten schwer zu verstehen und zu verwenden. Der Bundesrat verzichtet auf eine erneute KVG-Revision. Er hat aber das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) angewiesen, diese Lücken in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Leistungserbringern und den Krankenversicherern zu schliessen. Er hat vier Handlungsfelder vorgegeben, eines davon ist die Verbesserung der Kostentransparenz. Nun steht die Frage im Raum, warum es im Zeitalter der Digitalisierung nicht gelingt, den Patienten eine verständliche, transparente Rechnung zu präsentieren, die auch von Nutzen ist. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort ebenfalls fest, dass er es mit der fehlenden Transparenz verpasst, das Kostenbewusstsein der Patienten zu erhöhen. Dem Patienten wird eine Dienstleistung angeboten, das Preisschild sieht er aber nur dort, wo er für die Kosten selber aufkommen muss. Das bemängeln wir. Die heutigen Kontrollmechanismen durch die Versicherer scheinen zu greifen und führen zu einem Sparpotenzial von 3 Millionen Franken. Wir sind überzeugt, dass das Sparpotenzial mit einer transparenten Rechnung noch höher wäre und die Patienten auf ungerechtfertigte Kostenrechnungen aufmerksam gemacht werden können. Eine einheitliche Tarifstruktur darf nicht dazu führen, dass die Kostentransparenz leidet oder gar entfällt. Wir erwarten, dass der Anspruch der Patienten, Einsicht in die Kostenrechnung zu erhalten, zukünftig erfüllt wird.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Das Luzerner Kantonsspital (LUKS) stellt jährlich zirka 450 000 Rechnungen

aus und erhält zirka 60 000 Rückfragen von den Krankenversicherern. In unserer Antwort haben wir die Rechnung einer Blinddarmoperation aufgeführt. Die im Rat anwesenden Ärzte können mit dieser Rechnung allenfalls etwas anfangen, aber für alle anderen dürfte es schwierig sein. Die Kosten, um eine komplette Rechnung auszustellen, belaufen sich auf 20 bis 50 Franken, total wären das also etwa 8 Millionen Franken. Dieses Geld verwende ich lieber für das Kinderspital oder die Kitas, dort wird es sinnvoller eingesetzt. Aber wir sind natürlich für Transparenz und stehen deshalb auch in Kontakt mit dem EDI. Die Krankenversicherer erstellen für ihre Kunden eine Abrechnung, das soll auch in Zukunft korrekt erfolgen. Heute liegt das Problem darin, dass die Patienten eine Rechnungskopie erhalten und diese bezahlen. Es sind grosse Anstrengungen nötig, um dieses Geld den Patienten zurückzuerstatten. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, wenn wir heute keine Rechnungen verschicken, die mehr Fragen aufwerfen, statt Lösungen bringen.